

# «Die SVP ist nicht rechtsnationalistisch»

**Vergleich** Die deutsche Wahlsiegerin AfD sei viel radikaler als die SVP, findet SP-Nationalrat Tim Guldemann. Der ehemalige Schweizer Botschafter in Berlin erklärt, warum er den Schritt der SPD in die Opposition begrüsst.

VON DENNIS BÜHLER

Am Sonntagabend nahm Tim Guldemann in Berlin an der Wahlfeier der SPD teil. Einer Feier, die trauriger nicht hätte sein können: Nie seit dem Zweiten Weltkrieg hat die Partei schlechter abgeschnitten. Gestern sass Guldemann bereits wieder in Bern im Nationalrat.

**Herr Guldemann, erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg wurde am Sonntag mit der AfD eine in weiten Teilen rechtsradikale Partei in den Bundestag gewählt. Sind Sie schockiert?**

**Tim Guldemann:** Von den Positionen, die wir vom Führungspersonal um Frauke Petry, Jörg Meuthen und Alexander Gauland in den letzten Monaten zu hören bekommen: ja. Aber seien wir ehrlich: 12 Prozent Rechtsextreme sind im Vergleich zu Frankreich oder Österreich bescheiden.

**Dann halten Sie nichts von Vergleichen der AfD mit der SVP und relativierenden Stimmen, die hoffen, die deutsche Partei lasse sich genauso ins politische System einbinden wie die Schweizer Partei?**

Nein, davon halte ich nichts. Es gibt zwar auch in der SVP faschistoide Elemente. Doch sind sie nicht der Mainstream einer Partei, die seit Jahrzehnten Regierungsverantwortung trägt. Es gibt zahlreiche SVP-Kollegen im Parlament, mit denen ich sehr vernünftig diskutieren kann, das wäre mit der AfD wohl kaum möglich. Die radikalen, völkisch-nationalen Positionen der AfD stehen auch vor einem ganz anderen historischen Hintergrund, der sie so erschreckend macht.

**In ihrer Bürgeransprache allerdings sind die Parteien durchaus vergleichbar: Beide lassen sich Plakate von Werber Alexander Segert gestalten. Dennoch: Auch wenn die SVP ebenfalls auf der rechten Klaviatur spielt, ist sie in ihrem Kern nicht rechtsnationalistisch orientiert, sondern rechtsbürgerlich.**

**Die AfD wirbt für die direkte Demokratie nach Schweizer Vorbild.**

Ja, sie glaubt, damit die Stimme des Volkes gegen «die da oben» mobilisieren zu können. Und weil sie das tut, sind die anderen Parteien - vor allem die SPD - zurückhaltend geworden, für direktdemokratische Verfahren zu werben. Vor zwei Wochen sprach ich mit Thomas Oppermann, dem bisherigen SPD-Fraktionschef im Bundestag. Jahrelang war er ein Anhänger der direkten Demokratie, heute ist er vorsichtig.

**Oppermanns SPD ist am Sonntag - genauso wie die CDU - regelrecht eingebrochen. Sind Sie überrascht?**

Die Verluste der Sozialdemokratie waren absehbar. Dass aber die CDU und besonders ihre bayerische Schwesterpartei CSU noch stärker verlieren als die SPD,



«Dass die CDU und besonders ihre bayerische Schwesterpartei CSU noch stärker verlieren als die SPD, kommt auch für mich überraschend.»

GAETAN BALLY/KEYSTONE

kommt auch für mich überraschend: Die Union hat fast einen Viertel ihrer Wähler verloren - die SPD einen Fünftel.

**Was haben CDU und SPD falsch gemacht?**

Sie haben die Frustration grosser Bevölkerungsteile - vor allem älterer Männer - unterschätzt: Fast jede Wahlkampfveranstaltung von Kanzlerin Angela Merkel wurde von Wutbürgern gestört. Diese Aggressionen in der politischen Debatte, besonders auch in den sozialen Medien, sind neu. Die beiden Volksparteien haben es versäumt, auch jene zu vertreten, die sich als Verlierer der Globalisierung und des wirtschaftlichen Aufschwungs sehen. 40 Prozent der Bevölkerung geht es nicht besser als vor 20 Jahren, vielen schlechter.

ZUR PERSON

**Auch SPD-Mitglied**

Von Mai 2010 bis Mai 2015 war Tim Guldemann Schweizer Botschafter in Berlin. Nach seiner Pensionierung im diplomatischen Korps startete er eine politische Karriere: Seit zwei Jahren sitzt der 67-Jährige für die SP im Nationalrat. Er wohnt in Berlin und ist auch Mitglied der SPD.

**Beging Merkel einen Fehler, als sie ihre Partei nach links führte?**

Gravierender als der CDU-Linksrutsch ist die Tatsache, dass es in der letzten Legislatur keine ernstzunehmende Opposition gab. Eine Fortsetzung der Grossen Koalition wäre fatal.

**Weshalb?**

Erstens, weil die AfD als stärkste Oppositionspartei traditionell das Anrecht auf den Vorsitz im Haushaltsausschuss hätte und auch in protokollarischen Fragen an Bedeutung gewänne. Zweitens, weil die SPD bei einem Verbleib in der Regierung noch weiter schrumpfen würde. Kommt hingegen die Jamaika-Koalition von CDU/CSU, FDP und Grünen zustande - und das hoffe ich -, werden wir eine starke linke Opposition erleben. Die AfD

könnte so von ihrer Oppositionsrolle weit weniger profitieren als bisher.

**Sie sind SPD-Mitglied. Was erhoffen Sie sich vom Gang in die Opposition?**

In der Opposition hat die SPD die Chance, sich neu aufzustellen und das Thema soziale Gerechtigkeit glaubwürdiger zu besetzen. Bis 2021 hat die SPD zudem genügend Zeit, ihr Verhältnis zur Partei «Die Linke» zu klären, die sich erst vor zehn Jahren im Westen von der SPD abgespalte. Das könnte leichter werden, wenn der Vordenker der Linken Oskar Lafontaine endgültig in Pension geht. Die Sozialdemokratie muss sich in Deutschland - und nicht nur dort - neu erfinden, das kann sie nicht als Juniorpartner von Frau Merkel.

**Als Kanzlerkandidat 2021 wird der Hamburger Bürgermeister Olaf Scholz gehandelt - nicht gerade ein Vertreter des linken Parteiflügels.**

Trotz meiner grossen Sympathien für Scholz glaube ich nicht an diese Perspektive. Oder will die SPD nach Frank-Walter Steinmeier 2009, Peer Steinbrück 2013

**«Wir dürfen uns nicht der Illusion hingeben, die Schweiz spiele in Berlin eine grosse Rolle.»**

und Martin Schulz 2017 in vier Jahren ernsthaft noch einmal mit einem alten Mann antreten?

**Wen ziehen Sie vor?**

Es ist viel zu früh, um über eine Kanzlerkandidatur 2021 zu spekulieren. Vielleicht kann sich die bisherige Arbeitsministerin und zukünftige Fraktionschefin Andrea Nahles dafür profilieren.

**Ändert sich durch die Bundestagswahl vom Sonntag etwas an den bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und der Schweiz?**

Kurzfristig nicht. Wir dürfen uns nicht der Illusion hingeben, die Schweiz spiele in Berlin eine grosse Rolle: Die Steuerfrage ist mit dem Automatischen Informationsaustausch gelöst, der Fluglärmstreit um Zürich-Kloten von Kanzleramt und Bundestag weit weg. In den nächsten Wochen wird in Deutschland zudem um eine neue Regierung gerungen werden. Die Innenpolitik wird alle anderen Fragen von der politischen Agenda verdrängen.

**Sehen Sie langfristig Auswirkungen auf die Schweiz?**

Als wirtschaftlich stärkster Mitgliedstaat wird Deutschland in der Europäischen Union auch in Zukunft eine führende Rolle spielen. Die FDP und die Grünen werden jedoch kaum für einen anderen Umgang mit Brüssel eintreten als bisher die Grosse Koalition. Vielmehr ist es so, dass auf der europäischen Agenda in jedem Fall Entscheide anstehen, die sich auch auf die Schweiz auswirken. Dabei spielt Berlin eine grosse Rolle.

## Der Fast-Bundesrat nimmt den Hut

**Rücktritt** Hansjörg Walter tritt nach 18 Jahren als Nationalrat zurück. Den Kindheitstraum des Bundesrats konnte er sich nicht erfüllen.

VON GION-MATTIAS DURBAND

«Ich habe als Schüler immer Hauptmann und Bundesrat werden wollen», sagte Hansjörg Walter einst. Ein Traum, der sich so nicht mehr erfüllen wird. Nach 18 Jahren im Bundesparlament gab der Thurgauer SVP-Politiker gestern seinen Rücktritt als Nationalrat bekannt.

Als langjähriger Präsident des Schweizerischen Bauernverbandes und als Na-

tionalratspräsident prägte Walter die Politik massgeblich mit. Für viele bleibt sein Name aber untrennbar mit der Ersatzbundesratswahl 2008 verbunden - eine dramatische Wahl: Gegen die offiziellen SVP-Kandidaten Christoph Blocher und Ueli Maurer portieren SP, Grüne sowie Teile von CVP und FDP Walter als Sprengkandidat. Am Ende fehlt ihm gegen Parteikollege Maurer nur eine Stimme - seine eigene.

Bei der Erneuerungswahl 2011 wird Walter abermals nominiert, diesmal von der SVP selbst, zusammen mit Jean-François Rime. Walter macht mehr Stimmen als Rime, «das hat mich irgendwie gefreut». Gegen die amtierende Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf aber bleibt er erfolglos und

tritt bei den folgenden Wahlgängen nicht mehr an.

Nostalgie ist Walters Sache aber nicht. «Das mit der Bundesratswahl 2008 hat mich nie gefuchst», sagt er heute. Klar könne man verpassten Chancen «nachstudieren», sich ausmalen, was gewesen wäre, wenn ... «Das habe ich aber nie gemacht und ich bin froh darüber. Das darf man nicht, sonst wird man unzufrieden.» Walter ist zufrieden. 2011 wird er mit 185 von 192 gültigen Stimmen zum Nationalratspräsidenten gewählt, ein Glanzresultat. Walter präzisiert: «Ein höheres Resultat ist noch nie erreicht worden.»

Doch etwas gefuchst hat Walter seine Kandidatur gegen Widmer-Schlumpf, die einst noch mit ihm dem gemässigt-

ten Flügel der SVP angehörte. «Ob das gescheit war von mir, weiss ich auch nicht.» Der ursprüngliche SVP-Kandidat Bruno Zuppiger musste damals wegen des Verdachts auf Veruntreuung «aus dem Rampenlicht genommen werden», wie Walter sagt. Alles musste schnell gehen. «Aber wir haben uns wieder gefunden»: Auf Einladung der Familie spricht Walter im Folgejahr an der Abdankungsfeier für Eveline Widmer-Schlumpfs Vater, alt Bundesrat Leon Schlumpf.

Nach 18 Jahren im Nationalrat nimmt Hansjörg Walter nun den Hut. Für den Bundesrat hat es nicht gereicht. Aber die zweite Hälfte seines Bubentraums hat er sich längst erfüllt - mehr als das: «Major.»

NACHRICHTEN

**ARMEE**  
**Beschaffungen für 2,1 Milliarden bewilligt**

Der Ständerat unterstützt wie der Nationalrat Beschaffungen für die Armee. Er genehmigte gestern für Rüstungseinkäufe, Material und Immobilien rund 2,1 Milliarden Franken. Ein Antrag der Linken, Munitionsbeschaffungen zu streichen, wurde abgelehnt. (SDA)

**MEDIEN**  
**Nationalrat sagt klar Nein zur No-Billag-Initiative**

Der Nationalrat hat die No-Billag-Initiative klar abgelehnt. Eine Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren kommt für ihn nicht infrage. Auch der SVP-Gegenvorschlag blieb chancenlos. (SDA)